




Bundesagrарhaushalt 2015 mit Licht und Schatten

Bundesagrарhaushalt 2015 mit Licht und Schatten
DBV kritisiert vor allem Kürzung der LUV-Mittel
Den vom Bundestag am 27. November 2014 abschließend beratenen Agrарhaushalt (Einzelplan 10) für das Jahr 2015 bewertete der Deutsche Bauernverband (DBV) in einigen Punkten kritisch. Während die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Innovation, die Einrichtung eines Bundesprogramms Ländliche Entwicklung, die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Agrарstruktur und Küstenschutz um einen Sonderrahmenplan Hochwasserschutz sowie die weitere Unterstützung der agrарsozialen Sicherungssysteme vom DBV unterstützt werden, finden die aktuellen Herausforderungen bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) und bei der Agrарstrukturförderung im Agrарretat keine hinreichende Berücksichtigung.
Die vorgesehenen zusätzlichen Bundesmittel für die landwirtschaftliche Krankenversicherung sollen die verringerten Zahlungen aus dem Gesundheitsfonds auffangen. Dies begrüßte der DBV ausdrücklich. Nicht akzeptabel ist jedoch die Reduzierung der Bundesmittel zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung gegenüber dem Vorjahr um weitere 25 Millionen Euro. Diese Kürzung fällt mit der Umstellung der Beitragsbemessung von einem regionalisierten auf einen bundesweiten Beitragsmaßstab zusammen, so dass die daraus resultierenden höheren Beitragsbelastungen für die Betriebe in vielen Regionen weiter verschärft werden.
Grundsätzlich sieht der DBV auch die Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrарstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) um 20 Millionen zur Errichtung eines Sonderrahmenplans Hochwasserschutz als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings zeigt sich der DBV enttäuscht darüber, dass die GAK-Mittel ansonsten unverändert geblieben sind. Mit einer verstärkten Förderung von landwirtschaftlichen Investitionen in Wertschöpfung und Arbeitsplätze müsse die Gemeinschaftsaufgabe vielmehr zu einem Instrument der Wirtschafts- und Innovationsförderung ausgebaut werden, forderte der DBV. Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum, darunter vor allem der ländliche Wegebau und die Breitbandversorgung sind große Herausforderungen, die nur mit einer weiteren und vor allem substanziellen Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrарstruktur und Küstenschutz bewältigt werden können, stellt der DBV fest. Vor diesem Hintergrund ist auch das neue, mit 10 Millionen Euro dotierte Bundesprogramm Ländliche Entwicklung zu begrüßen. Hiermit können Strategien und Maßnahmen zur Förderung ländlicher Räume konzipiert und erprobt werden.
Der Regierungsentwurf für den Bundesagrарhaushalt 2015 sieht Ausgaben in Höhe von 5,35 Milliarden Euro vor (2014: 5,31 Milliarden Euro). 69 Prozent davon entfallen auf den Agrарsozialbereich.
Autor: Deutscher Bauernverband
DBV-Pressestelle
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon: 030 31904-239
Fax: 030 31904-431
Copyright: DBV


Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.